



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Leibrock, O.: Zurück zum Akkord

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

fach reiner haben bewahren können, als es uns im Inlande gelungen ist. Der Wille zum kulturellen Zusammenschluß aller Deutschen auf der Erde unbeschadet aller Loyalität zum Wohnstaate wird so stark werden, daß auch unser Staat nicht umhin können wird, innerhalb der ihm gesetzten Grenzen diesem Willen Rechnung zu tragen. Unsere auswärtige Politik, die aufhören wird, Nur-Wirtschaftspolitik zu sein, wird nachhaltig dadurch beeinflusst werden. Sobald und solange der Völkerbundgedanke wirklich besteht, wird das über die Welt zerstreute Deutschtum, das in ihm den Schirm seiner Kulturgüter sehen muß, sein bester Stütz sein. Auch in ihm sollen die Nationen nicht aufhören. Wer kann uns wohl bessere Antwort auf die Frage geben, warum andere Völker ein dem unsern überlegenenes Gemeinschaftsgefühl besitzen, als die Auslandsdeutschen?

Das ganze deutsche Volk hat ein Interesse daran, daß es einen geistigen Mittelpunkt in Deutschland gebe, ganz einerlei, ob sich die Juristen oder Wirtschaftspolitiker einen Einheitsstaat konstruieren oder nicht. Der Staat des Mutterlandes und die gesamte deutsche Volksgemeinschaft müssen harmonisch zusammenwirken, damit sich die Fäden von diesem Brennpunkte zur Peripherie und wieder zurück spinnen.

Frägt man nun nach der Stätte, die der besonderen Beschäftigung mit dem Auslandsdeutschtum und der geistigen Vorbereitung für die Probleme des deutschen Gesamtvolkes am besten dienen könnte, so darf mit Recht auch hier auf die Universität verwiesen werden. Hier liegt ein weites dankbares Feld für sie. In dem Maße, als sie hier führt, wird sie berufen sein als die dem deutschen Wesen angemessene Kraft, unser Gesamtvolk aus dem Elend dieser Zeit zu einer inneren, geistigen Einheit emporzuführen.



## Zurück zum Alford

Von Dipl. cam. O. Leibrock



ozialisierung ist Arbeit. So sprachen vor einem Jahre die Volksbeauftragten, als sie sahen, daß wir uns nicht den Luxus einer Phantastepolitik leisten können, sondern Wirklichkeitspolitik treiben müssen. „Arbeiter! In Eurer, nur in Eurer Hand liegt es, die drohende Katastrophe abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft aufrichten und damit die Errungenschaften der sozialistischen Revolution hüten. Wir wollen ein großzügig eingerichtetes Haus bauen, in dem sich jeder wohlfühlt, aus dem keiner Ursache hat, zu fliehen. Die Lohnarbeit wird in wenigen Monaten überhaupt keine Frage mehr sein. Nach einem Jahre wird von Alfordarbeit nicht mehr gesprochen werden.“

Verhallt ist dieses Präludium zum sozialen Staat und von dem alten stolzen Wirtschaftsgebäude, errichtet in jahrzehntelanger, weitausschauender Arbeit, stehen nur noch Mauern. Das ist die Bilanz eines Revolutionsjahres. —

Blicken wir zurück auf die sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser Umsturz- bewegung, so ist zunächst festzustellen, daß die Schlagwortpolitik und das Phrasen- gedreche über Sozialisierung, Gemeinwirtschaft, Gewinnbeteiligung usw. die Arbeitermassen verwirrt und ihnen unerfüllbare Zukunftsbilder vorgegaukelt hat. Die angestellten gemeinwirtschaftlichen Experimentierungsversuche führen der Entwicklung hemmend in die Speichen und schnitten alle Ansätze zur Selbstheilung unseres Wirtschaftskörpers ab. Man übersah völlig, daß eine neue Gesellschafts- formation nie entsteht, „bevor alle produktiven Kräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist und neuere höhere Produktionsverhältnisse nie an die Stelle treten,

bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind". (Karl Marx in seiner „Kritik der politischen Ökonomie“.)

Die Arbeiterschaft suchte vergebens nach den Früchten der gegebenen Versprechungen; sie sah sich indessen enttäuscht. Kein Wunder, wenn der Monopoldespotismus, gestützt auf die Macht des Streiks, von links heraufzog und jegliches Verantwortungsgefühl erstickte. Aus der politischen Bewegung wurde eine reine Lohnbewegung. Ein zügelloser Massenegoismus brach sich Bahn. „Ich wollte, die Unternehmer hätten nur einen Hals und ich meine Finger drum“, so kann man die Psyche dieser Zeit kennzeichnen. Fest krampften sich die Finger um die Kehle der Betriebe. Die Affordarbeit fiel dem Drängen der Arbeiterschaft zum Opfer. Unmögliches wurde erpreßt, die Betriebe schnappten nach Luft, sehr viele ehemals leistungsfähige Firmen sind dem Despotismus inzwischen erlegen, so das Oppauer Werk, das bayrische Kruppwerk usw.

Daß durch die ins Ungemessene gestiegenen Lohnforderungen und die gesunkene Arbeitsleistung, die Konkurrenzfähigkeit und Produktionskraft unserer Industrie gefährdet wird, ist auch den radikalen Elementen klar. Aber gerade den Ruin streben sie an, um im Leninischen Sinne wieder aufbauen zu können. Aus rein politischen Gründen wird die Arbeitsleistung eingeschränkt, siehe Altsawerke in Bremen, welche die Stahlgießerei, Metallgießerei und die beiden Eisengießereien schließen mußten, weil die ungenügende Arbeit und das Nichtansprechen der Arbeitszeit es unmöglich machte, den Kunden feste Preise zu nennen, noch ihnen Lieferungsstermine aufzugeben.

Der Ernst unserer Lage tritt ganz besonders kraß beim Lesen der industriellen Geschäftsberichte in Erscheinung. Völliger Dividendenausfall ist nichts Neues. Produktionsverteuerung, allgemeine Teuerung laufen um die Wette. Noch im zweiten Quartal 1918 wurden im Niederlausitzer Braunkohlenrevier mit 13 700 Arbeitern, die damals 4 300 000 Mark erhielten, 1 826 000 Tonnen Brifetts erzeugt. Der Lohnanteil auf die Tonne betrug 2,35 Mark. Im zweiten Quartal 1919 erzeugte dasselbe Revier mit 28 300 Arbeitern, die 26 Millionen Mark Lohn erhielten, nur 1 313 000 Tonnen Brifetts. Der Lohnanteil auf die Tonne betrug damit 19,83 Mark. So sieht man überall ein Mehrfaches der Summen, die vor dem Kriege für die Herstellung der gleichen Einheiten ausgegeben wurden.

Selbstverständlich spielen bei der gesamten Teuerung auch noch andere Momente eine Rolle, wie Rohstoffmangel, Kohlenknappheit, ungünstige Verkehrslage, niedriger Stand der Valuta, Beeinträchtigung durch die feindliche Besetzung der westlichen Teile Deutschlands. Ein ausschlaggebendes Moment bilden aber die Arbeitsverhältnisse. Streiks, Arbeitsunlust, passive Resistenz sind die Mittel, deren man sich seit einem Jahr beim Aberlaß unserer Volkswirtschaft bedient. Treffend kennzeichnet Ludendorff in seinen Erinnerungen die gesamte Situation, wenn er schreibt: „Die gesunkene Moral des deutschen Volkes sinkt haltlos in der ‚Freiheit‘ der Revolution; die niedrigen Instinkte des Menschen suchen sich unbeschränkt und ohne jede Rücksicht auszuleben. Überall herrschen Unordnung, Arbeitscheu, Trug und Übervorteilung, dabei an vielen Stellen der widerlichste Gemütsstammel — dies neben den Gräbern der Millionen für ihr Vaterland Geliebten und im Angesicht der vielen Verstümmelten, auf denen unser Auge ruht.“

Die unter der Arbeiterschaft herrschende Arbeitsunlust wird durch das nachstehende Beispiel, welches der Eisenbahnminister Deser unlängst den Mitgliedern der Hamburger Handelskammer mitteilte, recht trefflich erhellt. Hiernach ist es infolge der mangelhaften Arbeit in den Werkstätten der Eisenbahn noch nicht gelungen, den seit dem Kriege bestehenden Lokomotivmangel zu beheben. Dieser Lokomotivmangel ist einer der Grundursachen für die Schwierigkeiten der Betriebslage. Die Zahl der vorhandenen Lokomotiven ist so groß, daß der jetzige schwache Verkehr spielend damit bewältigt werden könnte. Dagegen ist die Zahl der wirklich arbeitsfähigen Lokomotiven unzureichend. Der Reparaturbestand, der vor

dem Kriege weniger als 20 Prozent betrug, bewegt sich jetzt regelmäßig über 40 Prozent. Die Leistungsfähigkeit der Werkstätten ist in den letzten Jahren, nachdem sie sich früher fast stets auf derselben Höhe hielt, ständig zurückgegangen.

Im Haushaltungsjahr 1916 betrug in einer mittleren Eisenbahnwerkstatt für die Ausbesserung von Lokomotiven die durchschnittliche Arbeiterzahl 417, der Gesamtausgang an Lokomotiven 584. Im Haushaltungsjahr 1917 brachte eine durchschnittliche Zahl von 556 Arbeitern 583 Lokomotiven heraus. Diese Verschlechterung erklärt sich daraus, daß von 1916 an die geschulden Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in großen Mengen für den Heeresdienst freigegeben werden mußten und statt ihrer Frauen, Jugendliche und Kriegsgefangene eingestellt wurden, also Arbeitskräfte, die nur beschränkt leistungsfähig waren. Nach dem Waffenstillstand wurde die Arbeiterzahl einer mittleren Werkstatt auf 1187 erhöht, die jedoch nur einen Ausgang von 411 Lokomotiven erreichen konnte. In der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1919 stieg die Arbeiterzahl weiter auf 1253, der Lokomotivenausgang dagegen sank trotzdem auf 351. Die tatsächliche Verschlechterung ist noch größer, als in diesem Anschwellen der Arbeiterzahl und der Verminderung der fertiggestellten Lokomotiven zum Ausdruck kommt; denn in derselben Zeit sind die erwähnten beschränkten Arbeitskräfte — Frauen und Kriegsgefangene — wieder entlassen und durch junge, kräftige Arbeiter ersetzt worden. Die Gründe liegen in den immer wieder aufflackernden Streiks, noch mehr aber in der überall zu beobachtenden Arbeitsunlust, die durch das Zeitlohnsystem noch außerordentlich begünstigt wird. Eine Besserung kann nach den bisherigen Erfahrungen, so führte der Minister aus, nur erwartet werden, wenn der Grundsatz wieder zur Anerkennung gebracht wird, daß der Lohn nur für geleistete Arbeit gezahlt wird, und daß ein fleißiger und geschickter Arbeiter mehr Lohn zu beanspruchen hat, als ein bequemere und lässiger Arbeiter.

Seider engt der hypnotische Zustand auch heute noch in großem Maße den Gesichtskreis der Arbeiterschaft ein. Vielsach werden Aufenthaltsstunden im Betriebe bezahlt, nicht aber die Arbeitsleistung.

Nun wird in Arbeiterkreisen des öfteren behauptet, daß die verringerte Arbeitsleistung die Zahl der Beschäftigten vermehre, somit also der Wiedergesundung unserer Arbeitsmarktlage diene. Das ist jedoch eine völlige Verkennung der volkswirtschaftlichen Tatsachen; denn je größer die Arbeitsleistung ist, desto billiger ist die Produktion und desto größer ist der Anreiz für die Kaufkraft. Ganz besonders durch die Pähmung der Produktion ist der Konsumtionsfonds der Volkswirtschaft und mit ihm das reale Einkommen aller Volksteile gesunken. Sehr treffend hat der sozialdemokratische Staatssekretär a. D. Dr. August Müller in seinem Buche „Eine kritische Betrachtung über Revolutionsideale“ die augenblickliche Lage veranschaulicht. Es heißt dort unter anderem: „Unsere Volkswirtschaft gleicht zwei Strömen, von denen jeder in seinem eigenen Bette fließt, die aber miteinander in Verbindung stehen. Das eine Strombett ist gefüllt mit Papierzetteln, die mit Marktzeichen bedruckt sind und alter Gewohnheit entsprechend noch immer als Zirkulationsmittel und Wertmaßstab anerkannt werden; in dem anderen Strombett fließen die Güter für den mittelbaren und unmittelbaren Verbrauch. Die Streiks bewirken nun, daß von den Papierzeichen immer mehr in die Taschen der Arbeiter strömen. Aber der Staat sorgt durch die Notendrucke dafür, daß das Niveau dieses Papierstroms trotz starker Entnahmen nicht sinkt. In dem anderen mit Gütern ausgefüllten Strombett erfolgt aber keine Vermehrung, sondern im Gegenteil infolge der Streiks eine ständige Verminderung. Der Papierstrom in den Händen der Arbeiter hat infolgedessen kein anderes Resultat, als daß sie für jedes Gut, das sie erwerben, eine größere Menge der Papierzeichen hingeben müssen. Jede im Streik errungene Lohnsteigerung führt zu einer Erhöhung der Preise, die binnen kurzem aufs neue zum Streik anreizt und so den alten Kreislauf aufs neue beginnen läßt. Das Ziel ihres Strebens, mehr Sachgüter, mehr Nahrung, Kleidung und andere Verbrauchsgegenstände zu erhalten, können die Arbeiter nur erreichen, wenn sie ihre Aufmerksamkeit dem Strombett zuwenden, in dem die Waren schwimmen.“

Das Wohl der Arbeiterschaft ist mit dem Unternehmen, das ihr Beschäftigung gibt, untrennbar verknüpft. Es geht ihr am besten, wenn die Werke blühen. Diese Einsicht scheint nun neuerdings mehr und mehr Raum zu gewinnen. Die Erkenntnis und Moral, die Grundwurzeln des Arbeitswillens, beginnen sich wieder zu regen. Weiter ist sehr erfreulich, daß sich die bisherige Lohnungsmethode (Zeitlohn) selbst ad absurdum geführt hat; denn der tüchtige Arbeiter beginnt allmählich einzusehen, daß es gleiche Arbeitsfähigkeit, gleichen Arbeitswillen, gleiches Pflichtgefühl nicht gibt, und daß es nach dem alten Rezept des Menenius Agrippa den Gliedern nur dann gut gehen kann, wenn der ganze Körper gesund ist. Man ist bemüht, nach Abhilfsmitteln zu suchen und gerade diejenigen Leute, die früher nicht entschieden genug den Stab über die Akkordarbeit brechen konnten, setzen sich heute für ihre Wiedereinführung ein. So beschäftigte sich der „Vorwärts“ in mehreren Artikeln mit der Frage der Akkordarbeit, was um so mehr Beachtung verdient, als er bisher gestützt auf Marx, der in seinem „Kapital“ Akkordarbeit als die „fürchtbarste Quelle von Lohnabzügen und kapitalistischen Pressereien“ bezeichnete, die Akkordarbeit mit Akkordarbeit identifizierte. So schrieb er am 26. August: „Die Regelung der Lohnfrage muß so erfolgen, daß der tüchtige Arbeiter entsprechend seinem besonderen Fleiß den höchst denkbaren Lohn erreichen kann und daß der träge Arbeiter gezwungen ist, ein gewisses Minimum von Arbeit zu leisten, wenn er einen auskömmlichen Lohn erzielen will. Der eine Weg, diesen Zustand zu erreichen, ist die Einführung der Akkordarbeit. Die Akkordarbeit ist, vernünftig gehandhabt, die gerechteste Grundlage für die Bemessung des Arbeitslohnes. Und darum haben die Gewerkschaften in den vielen Jahren ihrer Praxis sich damit abgefunden; ihr Kampf galt niemals der Akkordarbeit als solcher, sondern nur den Auswüchsen, durch die die Arbeiterschaft geschädigt wurde. In den Eisenbahnwerken ist der Einzelakkord nur in gewissen Fällen möglich. Es arbeiten häufig ganze Gruppen von Arbeitern an einem Akkordstück und dieser Umstand erfordert Akkordgruppen zu bilden, die sich dann in den Arbeitspreis für das ganze Arbeitsstück teilen. Den vernünftigsten Arbeitern wird die Akkordarbeit ohne weiteres als erwünscht erscheinen, weil sie damit ihre Arbeitstüchtigkeit unmittelbar in beträchtlich höhere Löhne umsetzen können, als sie heute durch Stundenlohn erreichen.“

Weiter trat der Vorwärts am 27. August für einen sozialen Akkordlohn ein. Er will dabei in jedem Fall einen Mindestverdienst garantiert wissen, von etwa zwei Drittel des heutigen Zeitlohnes. Zu diesem sollen die Mehrverdienste durch Akkordprämien treten, daß insgesamt etwa ein Drittel mehr verdient werden kann als heute. Über diese Grenze hinaus gebe man keine Prämie. Der Erfolg wäre, daß die Arbeiterschaft nicht dazu veranlaßt würde, die Höchstleistung zu überschreiten. Die Erlaubnis zu einem solchen Lohnverfahren soll aber nur den Betrieben gegeben werden, die sich verpflichten, nicht mehr als 5 bis 6 Prozent Gewinn zu verteilen, während von dem Mehr die Arbeitnehmer eine Gewinnbeteiligung erhalten sollen. Auf dem Wege soll verhindert werden, daß fünfzig fleißige Arbeiter zehn faule mit durchschleppen müssen.

Der ganze Aufsatz stützt sich auf die Grundauffassung, daß der heutige demokratische Staat unhaltbar sei, wenn die Produktivität der Arbeit dauernd so beeinträchtigt werde, wie jetzt. Auch Franz Lauffötter, der sozialdemokratische Konsumgenossenschaftler, schlug in Nr. 56 der „Neuen Zeit“ in die gleiche Kerbe. Seine Ausführungen lauten am Schlusse: „Zur Ausrottung des Schmarozertums innerhalb der Arbeitsbetriebe ist der Akkordlohn das geeignetste Mittel, wenn alle anderen versagen.“ Ja sogar Professor Ballod redete in der „Freiheit“ der Akkordarbeit das Wort. Diesen Wandel in der Anschauung der mehrheitssozialistischen und unabhängigen Führer muß man würdigen, wenn man bedenkt, daß jahrzehntelang die führenden Kreise der Arbeiterbewegung den Akkordlohn bekämpft haben, obzwar beispielsweise in der Metallindustrie die Arbeiter bei dem auf Beseitigung der Akkordarbeit gerichteten Bestreben nicht mehr auf der Seite der Metallarbeiterzeitung waren (vgl. diese: Jahrgang 1909, S. 346).

An praktischen Ergebnissen fehlt es heute nicht mehr. So hat sich der Allgemeine Eisenbahnerverband auf Grund der Verhandlungen mit der Regierung bereit erklärt, versuchsweise auf drei Monate hin, der Einführung der Akkordarbeit in allen Dienstzweigen, wo es überhaupt angängig ist, zuzustimmen. Im Lokomotiv-, Wagonbau, Schiff- und Automobilbau, sind vielfach größere Leistungen durch Wiedereinführung von Akkordlöhnen erzielt worden. Bei der Firma Karl Zeiß in Jena wurde die Akkordarbeit ebenfalls wieder eingeführt, des ferneren auch auf den Seeschiffswerften und versuchsweise in der Chemnitzer Metallindustrie. In der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf, die wegen der gesunkenen Arbeitsleistung und der unwirtschaftlichen Lohnforderungen ihren Betrieb eine Zeitlang schließen mußte, wurde am 11. Juli folgende Vereinbarung getroffen:

„Jeder im Akkord arbeitende Arbeitnehmer erhält vor Beginn der Arbeit einen Akkordzettel, auf dem die Art der Arbeit, die Stückzahl und der Preis verzeichnet sein müssen.

Erhält der Arbeitnehmer trotz Mahnung bei neuen oder abgeänderten Akkorden den Akkordzettel nicht rechtzeitig, so wird die Arbeit zu seinem bisherigen durchschnittlichen Akkordverdienst (der letzten Lohnperiode) hergestellt.

Wird der Akkordarbeiter durch Materialmangel, Werkzeugmangel oder Betriebsstörungen an der Fortsetzung seiner Akkordarbeit behindert, so ist er zur sofortigen Meldung bei seinem Vorgesetzten verpflichtet. Betragen diese Arbeitsunterbrechungen insgesamt mehr als 30 Minuten innerhalb einer Schicht, so erhält der Arbeiter für die überschüssige Unterbrechungszeit seinen vereinbarten Stundenlohn.

Wird die Unterbrechung der Akkordarbeit nach Ansicht des Arbeiters durch Verschulden von Vorgesetzten verursacht, so liegt sofortige Meldung bei der Betriebsleitung sowohl im Interesse des Arbeitgebers wie des Arbeitnehmers.

Wird großes Verschulden eines Vorgesetzten als erwiesen anerkannt, so erhält der Arbeiter für die dadurch verursachte Unterbrechungszeit seinen durchschnittlichen Akkordverdienst.

Ist die Unterbrechung der Akkordarbeit weder durch den Arbeitnehmer noch durch einen Vorgesetzten verursacht, und dauert sie im Einzelfall über zwei Stunden, so wird auch die erste halbe Stunde dieser Unterbrechung im Stundenlohn vergütet.

Für Akkorde, die bis zum Schluß der Lohnperiode nicht fertiggestellt sind, wird ein Abschlag in abgerundeter Höhe des bisherigen Akkordverdienstes gezahlt. (Sogenannte Zuschreibungen dürfen nicht gemacht werden.)

Die Festsetzung der Akkorde soll in der Weise erfolgen, daß bei durchschnittlicher Arbeitsleistung unter normalen Verhältnissen ein Akkordverdienst erzielt werden kann, der um mindestens 15 Prozent über den vereinbarten Stundenlohn hinausgeht.

Für Streitigkeiten über die Höhe von Akkordpreisen ist von den Arbeitnehmern eine ständige Werkstatt-Fachkommission von zwei bis drei Mann zu bezeichnen, die mit der Vertretung der Betriebsleitung über die endgültige Festsetzung der strittigen Akkordpreise verhandelt. Die Mitglieder der gewählten Fachkommission sind durch den Arbeiterausschuß der Betriebsleitung mitzuteilen, die die Namen derselben durch Anschlag bekannt gibt.

Ist unter Mitwirkung der Fachkommission eine Verständigung nicht zu erzielen, so wird die strittige Arbeit unter Kontrolle der Betriebsleitung und eines Mitgliedes der Fachkommission ausgeführt und dann der Akkordpreis gemäß Absatz 5 festgesetzt. Durch das Auftreten von Meinungsverschiedenheiten über den Akkordpreis soll die Arbeit selbst nicht aufgehalten werden.“

Das ist ein bedeutender Schritt nach vorwärts, zumal auf diese Weise die Arbeiter Vertrauen zum Berechnungsverfahren bekommen und dadurch zu weitgehender Ausnutzung ihrer Arbeitskraft und der Einrichtungen des Unternehmens

veranlaßt werden. Wenn es auf diesem Wege weitergeht, dann wird sicherlich der tote Punkt, an dem das Schwungrad der deutschen Wirtschaftsmaschinerie angelangt ist, überwunden werden.

Weitere Mittel, die Arbeitsleistung zu steigern, müssen gefunden werden. Von verschiedenen Seiten wird in der Gewinnbeteiligung der gesamten Arbeiterschaft ein derartiges Mittel erblickt. Ein solches System läßt sich aber sehr schwer durchführen und würde unserer Volkswirtschaft nicht förderlich sein, da sich die Arbeiter alle nach den gut rentierenden Betrieben drängen würden; des fernern wäre die Anteilsquote für die Arbeiter auch nicht groß. Nach den bisherigen Berechnungen würde sie in den gut laufenden Betrieben zwischen 20 bis 200 Mark jährlich schwanken. Wäre nun nicht der Weg gangbar, daß neben dem Akfordsystem die Arbeiter an den Erträgen derart beteiligt werden, daß für besondere Ausführung eines Stückes, für Vermeidung von Reparaturen und Störungen, für Ersparnisse von Kohlen, Licht, Kraft und so weiter eine Prämie ausgeworfen wird? Dieser Weg wird von einer führenden deutschen Firma bereits mit Erfolg begangen. In einer Abteilung ihres Werkes sank auf Grund dieses Verfahrens die Zahl der Störungstunden von 108 auf 30. Ferner machte der Ingenieur Albrecht Frize unlängst in der sozialpolitischen Rundschau des Berliner „Tag“ folgenden Vorschlag: Die gesamte Arbeitsleistung einer größeren Gruppe von Arbeitern, z. B. einer Werkstatt oder einer Werkstattabteilung, wird ermittelt und der Wert der zusammengefaßten Arbeiten gleichmäßig an die beteiligten Arbeiter verteilt. Als Weg, der eine solche Bezahlung ermöglicht, kann das alte Akfordsystem der rechnerischen Ermittlung zugrunde gelegt werden. Die Akforde werden, wie früher, für den einzelnen Arbeiter und die einzelne Arbeit festgesetzt. Der Akfordüberschuß wird aber nicht an die beteiligten Akfordnehmer ausbezahlt, sondern gemeinsam mit den anderen Akfordüberschüssen an sämtliche zusammenarbeitende Arbeiter verteilt. Es kommt also für sämtliche beteiligten Arbeiter ein Durchschnittsakford zustande und das System selbst wird zweckmäßig als das System der Durchschnitts- oder genossenschaftlichen Akforde bezeichnet.

Mit anderen Worten es soll — bei Entfall jeder einzelnen Akfordleistung — eine gewisse Arbeitsleistung festgestellt werden, welche der normalen Entlohnung zu entsprechen hat. Was sich bei der Gesamtübersicht aller geleisteten Arbeit als über die normale Leistung hinausgehend ergibt, ist der Akfordüberschuß, der besonders zu entlohnen und an die gesamte Arbeiterschaft gleichmäßig aufzuteilen wäre. Wo die Akfordarbeit abgeschafft ist, ist ein solcher Versuch der Mühe gewiß wert.

In Amerika ist es der Bullard Co. in Bridgeport (Nordamerika) gelungen, die Arbeitslust trotz Tarifentlohnung dadurch zu fördern, daß sie Lohnprämien für regelmäßige und gegen Durchschnitt überragende Leistungen einführte. Die gesamte Arbeiterschaft ist in verschiedene Klassen, je nach dem Grundlohn, eingeteilt. So sind beispielsweise die gelernten Schlosser in vier Kategorien geteilt, nach dem Stundenlohn von 1,60—2,20 Mark. Die Lehrlinge und die ungelernten Arbeiter erhalten 0,80—1,20 Mark. Es sind dies nur Grundlöhne, zu denen dann noch die verschiedenen Prämien kommen. Die Produktionsprämie wird seit dem 1. November 1916 den Arbeitern ausbezahlt, die mehr als die auf Grund von sorgfältigen Ermittlungen festgelegte Arbeit leisten. Der Arbeiter hat Anspruch auf die Prämie, wenn er mehr als 75 Prozent der Leistung erreicht, bei 76 Prozent beträgt die Prämie ein Prozent des Lohnes, bei 77 Prozent zwei Prozent usw. Um je ein weiteres Prozent, um das die Leistung steigt, steigt auch die Prämie. Eine zweite Prämie wird den Arbeitern ausgezahlt, die ununterbrochen, ohne eine Schicht zu fehlen, arbeiten. Mit dieser Entlohnungsweise wurden glänzende Erfahrungen gemacht und die besten und fachtüchtigsten Arbeiter herangezogen. Das Unternehmen hat auch eine besondere Versicherung eingeführt. Sie ist derart eingerichtet, daß der Arbeiter mit jedem Jahr steigende Zinsen erhält. Der Anspruch auf diese Versicherung tritt nach Ablauf des ersten Jahres der Tätigkeit im Betriebe ein und erreicht nach einer gewissen Zeit, während welcher der Angestellte ständig zur Verfügung des Unternehmens gestanden haben muß,

ihr Maximum. Das Unternehmen, das vor dem Kriege 250 Arbeiter hatte, beschäftigt heute deren 1500.

Hand in Hand mit der Einführung derartiger neuer Lohnformen muß jedoch eine scharfe Arbeitsteilung und genaue Zeitbestimmung der einzelnen Arbeitsvorgänge gehen, mit anderen Worten die Taylorisierung unseres Wirtschaftslebens müssen wir anstreben. Kurz zusammengefaßt besteht das Taylorsche Verfahren in Folgendem:

1. in einem wissenschaftlichen Studium jeder einzelnen Arbeit, jedes Handgriffes, jeder Bewegung, so unbedeutend sie auch sein mag;
2. in der Schaffung von Normalien für Arbeitsverfahren und Werkzeuge (natürlich auch für Konstruktionsteile), bei deren Anwendung der Verlust an Kraft und Zeit am geringsten ist;
3. in der Erziehung der Arbeiter zur Anwendung neuer Verfahren, so daß ihre Arbeitskraft voll ausgenutzt wird, ohne daß sie überanstrengt werden;
4. in der Erhaltung dieses Zustandes. Es soll ein Weg sein zu einer möglichst häuslicherischen Bewertung der menschlichen Kraft und Zeit.

Alles dies ist möglich durch ein inniges Zusammenwirken von Betriebsleitung und Arbeiterschaft. An den durch Verbesserungen im Arbeitsverfahren erzielten Gewinnen könnte alsdann die Arbeiterschaft durch einmalige oder laufende Beträge beteiligt werden.

„Höchstes Gedeihen der Arbeitgeber bei gleichzeitigem höchsten Gedeihen der Arbeitnehmer“, dieser Taylorsche Grundsatz muß auch bei uns zu vollster Wirksamkeit kommen. Nur unablässige Aufklärungsarbeit in den Massen kann den Erfolg bringen. Die Arbeiterschaft hat es am eigenen Leibe spüren müssen, daß die Verbilligung der Lebensmittel durch die Regierung der Teuerung nicht steuern kann, sondern nur Arbeitsdisziplin, Arbeitseifer, höchste Anspannung aller Kräfte. Auf diese Weise wird es allein möglich sein, das Preisniveau in Übereinstimmung mit den Weltmarktpreisen zu bringen. Immer und immer wieder wird darauf hingewiesen, daß bei unserer überaus passiven Zahlungsbilanz nur eine immer mehr steigende Ausfuhr retten kann. Das muß der Arbeiterschaft unaufhörlich klar gemacht werden und weiter, daß sie zu gleicher Zeit doch auch Verbraucher ist, daß sich also die gegenseitigen Interessen vereinigen. Nur wenn das Maximum an Produktivität in unserer Nationalökonomie gesichert ist, braucht keine Träne mehr über die Preissteigerung vergossen zu werden.

Durch die Arbeit neue Arbeit! Unsere industrielle Organisationsfähigkeit und unsere tätige Ordnungsliebe können allein unser Schicksal wenden. Akfordarbeit muß geleistet und dadurch die Höchstleistung erreicht und das Erträgnis gesteigert werden. Auf die Herstellung hochwertiger Fertigfabrikate kommt es heute an, das lehrte uns wieder die Frankfurter Einfuhrmesse. Nur wenn wir solche Erzeugnisse in Masse herstellen, können wir einen Anteil am internationalen Güteraustausch wiedererlangen. Deshalb zurück zum Akford in Gemeinschaft mit dem Taylorismus! An dem Wiederaufblühen unserer Volkswirtschaft werden wir erkennen, ob wir Akfordarbeit geleistet haben.

